

Knie, Andreas

Book Part — Digitized Version

Berliner Zentrum für soziale Erfindungen: Überlegungen zu einem experimentellen Ansatz regionaler Strukturpolitik

Provided in Cooperation with:

WZB Berlin Social Science Center

Suggested Citation: Knie, Andreas (1988) : Berliner Zentrum für soziale Erfindungen: Überlegungen zu einem experimentellen Ansatz regionaler Strukturpolitik, In: Klaus Burmeister, Weert Canzler (Ed.): Zukunftsmetropole Berlin: Kritik und Perspektiven wirtschaftspolitischer Leitbilder, ISBN 3-924859-71-X, Edition Sigma, Berlin, pp. 218-233

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/122825>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.



WZB-Open Access Digitalisate

WZB-Open Access digital copies

Das nachfolgende Dokument wurde zum Zweck der kostenfreien Onlinebereitstellung digitalisiert am Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung gGmbH (WZB). Das WZB verfügt über die entsprechenden Nutzungsrechte. Sollten Sie sich durch die Onlineveröffentlichung des Dokuments wider Erwarten dennoch in Ihren Rechten verletzt sehen, kontaktieren Sie bitte das WZB postalisch oder per E-Mail:

Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung gGmbH
Bibliothek und wissenschaftliche Information
Reichpietschufer 50
D-10785 Berlin
E-Mail: bibliothek@wzb.eu

The following document was digitized at the Berlin Social Science Center (WZB) in order to make it publicly available online.

The WZB has the corresponding rights of use. If, against all possibility, you consider your rights to be violated by the online publication of this document, please contact the WZB by sending a letter or an e-mail to:

Berlin Social Science Center (WZB)
Library and Scientific Information
Reichpietschufer 50
D-10785 Berlin
e-mail: bibliothek@wzb.eu

Digitalisierung und Bereitstellung dieser Publikation erfolgten im Rahmen des Retrodigitalisierungsprojektes **OA 1000+**. Weitere Informationen zum Projekt und eine Liste der ca. 1 500 digitalisierten Texte sind unter <http://www.wzb.eu/de/bibliothek/serviceangebote/open-access/oa-1000> verfügbar.

This text was digitizing and published online as part of the digitizing-project **OA 1000+**. More about the project as well as a list of all the digitized documents (ca. 1 500) can be found at <http://www.wzb.eu/en/library/services/open-access/oa-1000>.

Berliner Zentrum für soziale Erfindungen

Überlegungen zu einem experimentellen Ansatz regionaler Strukturpolitik

1. Problemstellung und Übersicht

In den VDI-Nachrichten erschien am 8. Januar 1988 ein Artikel mit dem Titel "Am Tropf der öffentlichen Förderung. Zu viele Gründer- und Technologiezentren" (VDI-Nachrichten vom 8.1.1988). Berichtet wird von einer Untersuchung des Bundes der Steuerzahler, die sich sehr kritisch mit dem Mißverhältnis zwischen dem stetigen Wachstum der lokalen Gründerzentren, bei gleichzeitiger Stagnation der innovativen Unternehmensgründungen auseinandersetzt. Galten bislang diese Gründerzentren als neue kommunalpolitische Ansätze der Forschungs- und Technologiepolitik, mehren sich die kritischen Stimmen, die auch diese neuen kommunalpolitischen Instrumente nur als Fortsetzung der bekannten Gewerbeansiedlungskonkurrenzen, freilich in einem modernen Gewand, einschätzen (DIHT 1985). Dies ist umso bedauerlicher, da gerade Berlin mit der Gründung des "Berliner Innovations- und Gründerzentrum" (BIG) als einer der maßgeblichen "Trendsetter" galt und das BIG als ein adäquates Instrument gehandelt wurde, das die in Berlin besonders ausgeprägte wissenschaftlich-technische Infrastruktur zur Stärkung der regionalen Wirtschaftskraft zu nutzen versprach (Allesch 1984, 407f.). Das dichte Geflecht von Hochschulen, "An-Instituten", Einrichtungen der Max-Planck-Gesellschaft sowie der Fraunhofer-Gesellschaft, den Instituten der "Blauen Liste"¹ sowie privaten Forschungseinrichtungen von Industrieverbänden und Großunternehmen gilt allen politischen Parteien dieser Stadt als wirtschafts- und strukturpolitisches Kapital Berlins, das es über bewährte alte und neue Kooperationskonzepte stärker für die regionale Wirtschaft einzubinden gilt. Dieser breite Konsens in der Orientierung auf die "strategische Ressource" Wissenschaft wird in dieser Arbeit kritisch hinterfragt.

Angesichts der drängenden ökologischen und sozialen Probleme in Berlin stellt sich die Frage, ob diese "Wissenschaftsorientierung" überhaupt eine sinnvolle Perspektive darstellen kann. Steht das "Projekt Moderne" nicht zuletzt deshalb vor "Entsorgungsproblemen", weil mit der funktionalen Ausdifferenzierung des Wissenschaftssystem zwar eine enorme technologische Produktivität gewonnen, aber "Vernunft", sprich gesellschaftliche Verständigung als eine Orientierung über sinnvolles Handeln, verloren gegangen ist. Wird aber die Rolle der modernen Wissenschaft im technischen Fortschritt erst einmal kritisch überprüft, muß auch die Einbindung der Wissenschaft in zukünftige Perspektiven überdacht werden.

Die Argumentationsführung der folgenden Skizze ist folgende: Die herrschende "Wissenschaftsorientierung" wird insbesondere in dem naiven Glauben an die Funktionalisierung wissenschaftlicher Erkenntnisproduktion hinterfragt, und es werden Überlegungen angestellt, ob Berlin nicht über andere Potentiale verfügt, die dem wissenschaftlich-technischen Fortschritt distanzierter gegenüberstehen. Diese wären besser für eine regionale Politik zu nutzen, da ihre Inhalte weniger

an quantitativen Wachstumsparametern als an qualitativen Zielgrößen ausgerichtet sind.

Dieser Bereich wird im Berliner "Selbstverwaltungssektor" vermutet, der alle selbstverwalteten Projekte und Betriebe umfaßt. Nach einigen Überlegungen wird aber deutlich, daß im Selbstverwaltungssektor zwar erfolgreiche wirtschaftsdemokratische Experimente erkennbar sind, aber noch kaum die darüber hinaus notwendigen technikgestaltenden Akzente gesetzt werden können, die für einen neuen regionalpolitischen Ansatz notwendig sind. Die Grenzen in der Orientierung auf diesen Sektor werden daher auch weniger in der Verkettung mit den kapitalistischen Marktmechanismen vermutet als in der engen Anbindung an die selektiven Formen wissenschaftlich-technischer Erkenntnisproduktion und die Konstruktion technischer Artefakte. Sind die existierenden Schwachstellen benannt, wird durch die Konstruktion eines "Zentrums für soziale Erfindungen" der Versuch unternommen, in einem eng abgegrenzten Experimentierfeld eine institutionelle Perspektive zu entwickeln, in der die formalen Voraussetzungen für eine demokratische Verpflichtung wissenschaftlich-technischer Arbeit als Voraussetzungen für eine "angepaßte Technik" beschrieben werden.

2. *Wissenschaft als Instrument demokratischer Gesellschaftspolitik?*

Zweifellos hat Berlin – zumindestens bis 1945 – eine dominante Rolle in der deutschen und auch in der internationalen Wissenschaftsentwicklung gespielt. Waren bereits im 19. Jahrhundert neben Universität und Akademie einige "Hilfsinstitute" der angewandten Forschung hier beheimatet, entwickelte sich Berlin insbesondere nach der Reichsgründung 1871 zum exponierten Standort der Forschung in Deutschland. Die Gründung der "Physikalisch Technischen Reichsanstalt" (1887), der "Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaft" (1911) und die Gründung der "Notgemeinschaft der Deutschen Wissenschaft" im Jahre 1921 repräsentierten jeweils einen neuen Typus außeruniversitärer Forschung, der weltweit große Beachtung fand (Zierold 1968; Richter 1979, 20f.; Kreibich 1986; Pfetsch 1974). Wissenschaft und Forschung waren bereits im Übergang vom 19. zum 20. Jahrhundert zum Großbetrieb geworden und auf das engste an das wirtschaftliche Expansionsstreben des deutschen Imperialismus gekoppelt (Kuczynski 1974; Hirsch 1974). Seit der Akademisierung der technischen Forschung² war die *einstmals* mit den Akademiegründungen im 17. Jahrhundert gemeinsam gestartete und später sich strukturell und kognitiv weitgehend getrennt entwickelte Naturforschung auf der einen Seite mit den Ingenieuren und Künstlern auf der anderen Seite zu einer wissenschaftlich-technischen "Superstruktur" zusammengewachsen. Die charakteristischen Kennzeichen dieser "Arbeitsgemeinschaft" lassen sich als eine Dominanz empirisch-analytischer Methoden sowie einer "Technisierung" der Erkenntnisziele bei einem gleichzeitigen Verlust an Reflexionsvermögen und einem weitgehenden Verzicht auf normativ-ontologische Forschungsmethoden beschreiben (Hack/Hack 1985; Böhme/v.d. Daele/Krohn 1978, 339f.; Weingart 1976). Es bleibt daher zu beachten, daß der enorme Anstieg der Produktivkräfte nicht nur um den Preis der Ausbeutung von Natur und Mensch, sondern auch mit dem Verlust an Pluralität im wissenschaftlichen Denken und technischem Handeln bezahlt werden mußte.

"Die fortschreitende Rationalisierung der Gesellschaft hängt mit der Institutionalisierung des wissenschaftlichen und des technischen Fortschritts zusammen. In dem Maße, in dem Technik und Wissenschaft die institutionellen Bereiche der Gesellschaft durchdringen und dadurch die Institutionen selbst verwandeln, werden die alten Legitimationen abgebaut. Säkularisierung und Entzauberung der

handlungsorientierenden Weltbilder, der kulturellen Überlieferung insgesamt, ist die Kehrseite einer wachsenden Rationalität des gesellschaftlichen Handelns." (Habermas 1986, 48).

Ob nun in der Beschreibung als "Wissenschaftsgesellschaft" (Kreibich), als "Wissenschaftskapitalismus" (Rammert) oder in der Konstruktion eines "utilitaristisch-scientistischen Paradigmas" (Traube) wird in sozialwissenschaftlichen Deutungsversuchen darauf verwiesen, daß diese Superstruktur und die damit verbundene "Sicht der Dinge" keineswegs auf die wissenschaftlichen und wirtschaftlichen Kernbereiche beschränkt bleibt. Herausgestellt wird die generelle Affinität von Denk- und Handlungsstrukturen westlicher Zivilisation mit dem Fortschrittsparadigma (Neusüß 1986, 26).

Allerdings ist keineswegs davon auszugehen, daß sich die Wissenschaft einer kapitalistischen Wirtschaftsweise untergeordnet hat; wie überhaupt reduktionistisch-kausale Erklärungsmuster kaum die unterschiedlichen historischen Orientierungen dieser komplizierten Beziehungssysteme "einfangen" können (Krohn/Rammert 1984). Spätestens seit der Diskussion über die Nutzung und die Beherrschbarkeit der Kernenergie in West und Ost wurde deutlich, daß sich das wissenschaftlich-technische Projekt durchaus von der direkten ökonomischen Nutzung emanzipiert hat. Die Entstehung und Entwicklung technischer Großprojekte in der Kerntechnik und Kernphysik und in der Luft- und Raumfahrt weist die "scientific community" als dominanten politischen Akteur aus. Dies erklärt sich vor allen Dingen aus der "faktischen Definitionsmacht" der Wissenschaft, die sich durch die gesellschaftliche Anerkennung des Wissenschaftsmonopols herausgebildet hat (v.d. Daele/Krohn/ Weingart 1979; Stamm 1981; Heisenberg 1985). Neben einer hervorragend ausgebildeten Fähigkeit zur formalen Interessensorganisation widerstrebt die interne, ritualisierte Form der Erkenntnisproduktion einem direkten externen Zugriff. Wissenschaft verfügt darüber hinaus über ein erfolgreich tradiertes Reputationssystem. Die Anerkennung der wissenschaftlichen Leistungen und die Zuweisung von akademischen Titeln bzw. der Eröffnung einer wissenschaftlichen Karriere findet auch im außerwissenschaftlichen Bereich große Resonanz. Die damit einhergehende Fähigkeit zur Setzung von "Orientierungen" für individuelle und kollektive Handlungskonzeptionen ist eine wesentliche Bedingung wissenschaftlicher Arbeit und als solche nicht ersetzbar, da auch industrielle oder öffentliche Karrieremuster direkt oder indirekt hieran gekoppelt sind.

Die Frage, was überhaupt als "Problem" definiert wird und schließlich unter Verwendung welcher Methode bearbeitet wird, hängt in dieser Orientierung ab vom jeweils gewählten wissenschaftlichen Referenzrahmen. Um aber im wissenschaftlichen Karriereschema bestehen zu können, sind (zumeist konstruierte) Originalität und (verfälschte) Quantität der wissenschaftlichen Produktion gleichermaßen erforderlich ("publish or perish") (Kuhn 1973, 186 f.; Fleck 1980).

Um diese ungeheure Produktivität überhaupt leisten zu können, hat sich im Wissenschaftsbereich eine "funktionale Differenzierung" nicht nur formaler, sondern auch kognitiver Strukturen herausgebildet, die auch als "strukturelle Borniertheit" umschrieben werden könnte und im wesentlichen besagt, daß für die Abarbeitung großer Datenmengen die Existenz gefestigter interner Wahrnehmungsmuster notwendig ist. Diese auch als "Paradigma" (Kuhn) oder als "Denkkollektiv" (Fleck) umschriebene Erkenntnisstabilisierung dient insbesondere zur Selektion und zur Übersetzung der Daten in bearbeitbare Informationspakete.

Zusammengefaßt heißt dies, daß, obwohl die moderne (Natur-)Wissenschaft in ihrer Denk- und Erkenntnisorientierung anwendungsbezogen "technisiert" ist, sie dennoch nicht kurzgeschlossen als bloßes Instrument kapitalistischer Ausbeutung betrachtet werden kann.

Neben die populäre Identifizierung der Wissenschaft mit der Suche nach "Wahrheit" tritt die Suche nach der "Reputation". In der Konsequenz bedeutet dies allerdings auch, daß die bislang "naive" gesellschaftspolitische Haltung zur "Wissenschaft", ob in der Verwendung als Strukturverbesserung der regionalen Wirtschaft oder als Instrument demokratischer Gesellschaftspolitik, hinterfragt werden muß.

"Insgesamt reflektiert dieses Paradigma ... die szientistische Botschaft, daß sich nahezu alle sozialen Probleme durch Wissenschaft und Technik lösen lassen. Dieses utilitaristisch-szientistische Paradigma, das die feindlichen Kinder des Humanismus, Liberalismus und Sozialismus teilen ..., beherrscht heute weitgehend selbst jene noch, die sich gegen den Kurs des Fortschritts auflehnen" (Traube 1982, 323).

3. *Der Selbstverwaltungssektor als Experimentierfeld zur Einübung demokratischer Entscheidungsverfahren und zur Entsorgung von Technikfolgen*

Nach dieser skeptischen Einschätzung der Rolle der Wissenschaft als tragende Säule endogener Potentiale der Region streift der Blick auf andere "Aktivposten" in der Stadt: Berlin verfügt über eine sehr hohe "Dichte" alternativer Lebens- und Arbeitsformen. Der oben gebrauchte Begriff des "Selbstverwaltungssektors" wird hier für ökonomische Betriebe sowie kulturelle, soziale und politische Projekte verwendet, die durch eine demokratische Binnenstruktur, eine Ausgrenzung individueller Profitmotive, eine allgemeine Orientierung auf gesellschaftlich "sinnvolle" Produkte sowie durch einen generell aufklärerisch-emanzipatorischen Arbeitsinhalt näher bestimmt sind. Berlin verfügt nicht nur über eine große Zahl von Betrieben in Gewerbe, Handel und anderen Dienstleistungsbereichen, sondern auch über ein dichtes Netz von Betriebs- und Projektberatungseinrichtungen, über "alternative Verbandstrukturen" und mit Direktkreditvermittlung, Haftungsassoziation, "Stiftung Umverteilen" sowie "Netzwerk Selbsthilfe" und "Gold-rausch" über ein ausdifferenziertes Beratungs- und Finanzierungsangebot³.

Die "alternative Szene" ist schon sehr oft mit der Integration in Entwürfe einer "Gegengesellschaft" überfrachtet worden und wurde dementsprechend oft mit dem Hinweis auf die Grenzen ihrer emanzipatorischen Potentiale in die Schranken verwiesen (einmal abgesehen davon, daß es sich zumeist um akademische oder publizistische Profilierungsbemühungen handelte). Wird der Selbstverwaltungssektor hingegen als "Experimentierfeld" begriffen, d.h. die Nischen-Situation wird bewußt in Kauf genommen, dann ergibt sich hieraus eine befreitere Blickrichtung.

Bei der Formulierung von Zukunftsentwürfen wird immer wieder auf das Primat der kapitalistischen Wirtschaftsverfassung als das Kardinalproblem verwiesen, ohne dessen Lösung keine substantiell demokratische Entwicklung denkbar erscheint. Dies gilt insbesondere auch für die Frage einer anderen, sanfteren oder gar sozialverträglicheren Technikentwicklung. Zwar entwickelt sich das selbstverwaltete Leben und Arbeiten in der Verflechtung mit der herrschenden Ökonomie, es kann aber angenommen werden, daß sich hier das Primat kapitalistischer Bewertung weniger dominant auswirkt. Unterstellt man der heutigen Technikform

einmal den "geronnenen Geist" kapitalistischer Denk- und Handlungsrationali-täten, dann läge es nahe, daß mit einer selbstverwalteten Wirtschaft auch alter-native Technikentwürfe verwirklicht bzw. günstige Bedingungen hierfür geschaffen werden könnten.

Vor dem skizzierten Problemhintergrund geht es um die Frage, inwieweit die demokratische Grundstruktur des Selbstverwaltungssektors auch für die Entwick-lung und den Einsatz anderer, sprich verträglicherer Technikformen nutzbar ge-macht werden kann. In Berlin existiert ein reiches Potential an Erfahrungen über die Möglichkeiten und Grenzen demokratischer Lebens- und Arbeitsentwürfe, was als "soziale Kompetenz" begriffen und verstärkt genutzt werden sollte.

Den Hintergrund dieser Argumentation bildet die eingangs bereits kurz erläuterte These, daß in die Konstruktion und die Anwendungsentscheidung technischer Artefakte und technischer Systeme in der traditionellen Verwendung lediglich partikuläre Interessenorientierungen einfließen. Das heißt konkret, daß Kon-struktions- und Anwendungsmerkmale primär für die Erzielung höchstmöglicher Gewinnspannen und zur Sicherung und Kontrolle der vertikalen und horizontalen Arbeitsteilung ausgelegt sind und sich daher in der Tendenz zu einer stetigen Mechanisierung und Automatisierung, d.h. durch die Ersetzung "lebendiger Ar-beit" durch "tote Arbeit", auszeichnen.

Da nun keine umfassende und systematische Arbeit über die Techniknutzung und -produktion in selbstverwalteten Betrieben und Projekten vorliegt, auch die Frage, was denn beispielsweise ein "alternatives Softwarehaus" überhaupt für Gestaltungsmöglichkeiten hat, noch unbeantwortet ist, basieren die folgenden Ausführungen auf eigenen Erfahrungen sowie auf Einzelfällen und sind daher in ihrem empirischen Gehalt entsprechend vorsichtig einzuschätzen (Groth 1984, 46f.; Thaler/Thaler 1985, 24f.; Kirsch 1985, 12f.; Netzwerk 1984, 24f.; Weiner 1987, 11).

"Die AN-Maschinenbau und Umweltschutzanlagen GmbH" hat sich mit dem Beginn ihrer Tätigkeit zunächst nicht für oder wider den Einsatz bestimmter Technologien entscheiden können" (Bollweg 1986/1987, 78). Diese Feststellung des (ehemaligen) Geschäftsführers Heinz Bollweg dürfte sicherlich auch für weniger spektakuläre Betriebsübernahmen bzw. Neugründungen selbstverwalteter Betriebe zutreffen. Primäres Motiv bei der Gründung neuer selbstverwalteter Betriebsformen sind die Erhaltung gefährdeter Arbeitsplätze sowie der Versuch neuer kooperativer Arbeitsformen auf der Grundlage demokratischer Entschei-dungsstrukturen. W. Götzte von der "PSI, Gesellschaft für Prozeßsteuerung und Informationssysteme mbH" beschreibt den Entschluß zum Ausstieg aus einem Elektrokonzern in ähnlicher Weise: "Die Triebfeder der Trennung lag im we-sentlichen in der Unzufriedenheit mit dem anonymen Dasein in einem Groß-unternehmen begründet und führte zu dem Versuch, ein neuartiges Unternehmen zu gestalten, in dem Initiative und Verantwortung, Nonkonformismus und Risi-kofreude zu den Leitgedanken einer dynamischen Unternehmensentwicklung werden sollte" (Götzte 1987, 43).

Wenn auch durchaus Überlegungen zur Konzeption einer anderen Technik als Gründungsmotive selbstverwalteter Betriebe nicht gelehnet werden sollen, kann doch unterstellt werden, daß Aspekte zum Einsatz alternativer Fertigungstechni-ken lediglich einen zweitrangigen Gesichtspunkt bei ökonomischen Projekten spielen. "Dabei zeigte sich freundlicherweise, daß diese ... Ein-Platz-Anlagen (also PC-A.K) keine Arbeitsplätze wegrationalisieren, wie oft die Groß-EDV, sondern hauptsächlich das in kleinen Betrieben vorherrschende Verwaltungs-

Chaos überschaubar machen. Das gilt für bürgerliche Betriebe genauso wie für SV (= selbstverwaltete - A.K.) Betriebe, und so entstand auch hier die Ansicht, daß Personalcomputer ohne ideologische Verrenkungen eingesetzt werden können" (StattBranchenBuch 1986/1987, 68).

Das Beispiel "taz" zeigt darüberhinaus, daß erst durch die Anwendung modernster Produktionstechniken ein solches Projekt, wie die Herstellung einer überregionalen Tageszeitung, möglich ist, da der Mangel an Qualifikationen gegenüber herkömmlichen Unternehmen nur durch den Einsatz modernster Kommunikations- und Produktionstechniken ausgeglichen werden konnte (Contrapress 1984).

Es wäre allerdings denkbar, daß in Projekten mit weniger enger Kopplung an die kapitalistischen Produktionszwänge mehr Freiräume für die Diskussion über den Einsatz von Techniken möglich wären. Welche Zwänge der Technikentwicklung man auch in solchen Projekten antrifft, verdeutlicht der jahrelange Konflikt um den Einsatz eines PC's im Büro der "Netzwerk-Selbsthilfe".

Dieser Verein sammelt von über 2000 Mitgliedern Beiträge, die dann für Projekte und Betriebe zum Aufbau demokratischer Selbstverwaltung mit modellhaft alternativen Arbeits- und Lebensformen, zur Unterstützung politischer Arbeit oder zur Durchsetzung und Sicherung von Anrechten auf Zahlungen des Sozialstaats verwendet werden.

In einem solchen verhältnismäßig großen Verein mit einem Bilanzvolumen von fast 700.000,- DM fallen durch die Mitglieder- und Finanzverwaltung große Mengen standardisierter Daten an, deren Bearbeitung bislang nach herkömmlichen Mustern (also u.a. durch Karteikästen) bearbeitet wurden. Als vor einigen Jahren der "taz-computer" zumindestens die Adressenverwaltung für den vierteljährlich erscheinenden Rundbrief übernahm, entwickelten sich erste Überlegungen zur Anschaffung einer eigenen EDV, in die auch die übrigen Verwaltungsbereiche integriert werden sollten. Zudem kam hinzu, daß sich die bezahlten Bürokräfte stärker für die inhaltliche Arbeit des Vereins engagierten und daher ihr Interesse an einer Verringerung der als sehr stupide empfundenen Verwaltungsarbeit äußerten. Interessanterweise entschied sich der damalige Vorstand in seiner Funktion als "Arbeitgeber" gegen die Anschaffung eines Computers.

Die anschließende Diskussion um das Für und Wider eines PC's in einem Verein, der für die Berliner Selbstverwaltungsszene immer noch eine Symbolfunktion besitzt, zeigte die Hilflosigkeit in Fragen des Umgangs mit einer aus der "traditionellen Welt" importierten Technik. Während elektronische Schreibmaschinen, Video, EC-Scheckkarte durchaus mit "alternativen Lebensformen" verträglich erscheinen, war für viele Vereinsmitglieder beim PC die Grenze der Technisierung erreicht. Der Computer als Symbol des "High-Tech"-Zeitalters und die alternative Lebensform erschienen als unüberwindbarer Widerspruch.

Die Auseinandersetzungen zeigten sehr deutlich die "Technikzwänge" für selbstverwaltete Projekte. Obwohl hier von den unmittelbar Betroffenen die Einführung des PC gewünscht wurde, Kontrollaspekte und Arbeitsplatzabbau überhaupt keine Rolle spielten, wurde recht unmißverständlich klar, daß für die Lösung eines "selbstverwalteten" Problems nur "herrschende Technikoptionen" zur Verfügung stehen. Die Entwicklung der Bürotechnik (Pirker 1962), ob in der Gestalt der Schreibmaschine oder des Karteikastensystems, läßt immer noch die eindeutige Orientierung auf quantitative Kostenparameter arbeitsteiliger Organisationsformen erkennen, in der alle anderen Aspekte, bspw. "Gesundheit", "Autonomiegrad"

oder gar "Sinn", nachrangig behandelt werden. Zudem haben alle diese Techniken die Tendenz inne, auch der Umgebung grundlegende Änderungen im Sinne der eingeführten Technik aufzuzwingen (Mambrey/Oppermann/Tepper 1986). Auch das Bemühen der Netzwerk-Bürogruppe um einen optimalen Rechner, der alle funktionalen Erfordernisse mit einem höchstmöglichen Gesundheitsschutz unter Vermeidung der Zementierung arbeitsteiliger, hierarchischer Arbeitsformen verbindet, war an die am "Markt" angebotenen Lösungen gebunden, die allesamt Ergebnisse traditionellen Technikverständnisses sind. Trotz allen "Gestaltungsbemühens" bleibt letztlich die Bindung an die "Logik des binären Codes" oder an die Konstruktion eines Bildschirms und einer Software, die deutlich andere Prioritäten in den Nutzungsinteressen erkennen läßt (Bammé 1983, 317)⁴.

Mit qualitativer Mehrheit beschloß die Mitgliedsversammlung schließlich die Einführung eines Computers mit der Auflage, die Gesundheitsrisiken abzuwägen, die Kosten erträglich zu halten und die Umstellung auf EDV bei anliegenden politischen Aktionen nachrangig zu behandeln (Netzwerk 1986, 6).

Zugespißt lassen sich diese Erfahrungen im "alternativen EDV-Umgang" dahingehend formulieren, daß der Einsatz eines PC zur Daten- und Textverarbeitung auch bei günstigen, d.h. selbstverwalteten Betriebsformen nicht mehr "gestaltet" werden kann. Lediglich die größten Gesundheitsfolgen können "entsorgt" werden.

Diese Erfahrungen lassen erkennen, daß der Selbstverwaltungssektor trotz eines z.T. sehr reflektierten Umgangs mit moderner Technik immer noch darauf angewiesen ist, Techniken aus der traditionellen Nutzungsumfeld zu verwenden. Der Selbstverwaltungssektor läßt daher für eine qualitative regionale Entwicklungsperspektive hinsichtlich einer verträglichen Technikgestaltung kaum "endogene Akzente" erwarten. Neben den nach wie vor existierenden engen Bindungen an die ökonomischen Marktbedingungen ist die Abhängigkeit von "extern" entwickelten technischen Problemlösungen hierfür verantwortlich. Abhilfe können auch die wenigen selbstverwalteten Anbieter "alternativer Techniken" nicht leisten, die über das Angebot neuer Techniken und Verfahren im Bereich Energie und Abfallwirtschaft hinaus kaum andere Produktions- und Prozeßtechniken entwickeln. Auch im Wissenschaftsbereich sind bislang kaum Ansätze erkennbar, die diese neuen Nutzerinteressen antizipieren und in Forschungsprogramme integrieren. Sie hätten freilich auch die herrschende Bindung an etablierte Techniklinien zu problematisieren und es fehlt an Überlegungen, die bis zur Entwicklung einer mehrwertigen Logik reichen müßten (Bammé 1983, 324)⁵.

Initiativen und Ansätze aus dem Gewerkschaftsbereich einer "arbeitnehmerorientierten Wissenschaft", den Kooperationsstellen Hochschule/Gewerkschaft oder auch der Berliner Initiative für ein "Technologie Netzwerk" orientieren sich immer noch primär am Instrumentencharakter moderner Wissenschaft, d.h. es wird versäumt, die partikuläre Orientierung des Wissenschaftsbereichs aufzuweichen und stärker Interessen und Bedürfnisse von Arbeitnehmern oder Bürgerinitiativen in die Hochschulforschung zu transferieren (Katterle/Krahn 1981, DGB).

4. *Erfinderzentrum als ausgewiesenes Experimentierfeld für ein regionalbezogenes Forschen und Arbeiten*

Im folgenden Abschnitt werden die aus den beiden letzten Kapiteln skizzierten Probleme aufgegriffen und der Versuch unternommen, durch die Konstruktion

formaler "Hilfsstrukturen" in einem eng abgegrenzten Experimentierfeld funktionale Defizite bei der Nutzung regionaler Entwicklungsmöglichkeiten auszugleichen.

Wenn sich daher im folgenden mit Konstruktionsmerkmalen eines Erfinderzentrums befaßt werden soll, dann mag dies zunächst angesichts massiver Kritik an der Euphorie um die Gründer- und Technologiezentren der letzten Zeit etwas überraschen. Galt doch dieser als "Bürgermeisterwettbewerb" charakterisierte Boom allgemein als ein weiterer Bestandteil einer unreflektierten "High-Tech"-Orientierung. Im "Silicon Valley-Taumel" zeigte sich schließlich recht schnell, daß die an die Gründerzentren verknüpften Arbeitsplatzprognosen nicht erfüllt werden konnten und daß im neuen Gewand doch wieder alte kommunalpolitische Ansiedlungskonkurrenzen um neue Unternehmen sichtbar wurden (TBS 1986). Auch wenn sich die bisherige Konstruktion von Gründerzentren zudem noch durch eine gemeinschaftliche Ausgrenzung gewerkschaftlicher Interessen kennzeichnen läßt, kann dies dennoch nicht darüber hinweg täuschen, daß sich hinter diesem Politiktypus ein für regionale Strukturpolitik konstruktives Element verbirgt: Technologie- und Gründerzentren "bündeln" staatliche, insbesondere kommunale Politikangebote - für zukünftige technische Entwicklungen - an besonders sensiblen Stellen. Gegenüber den flächendeckenden Forschungs- und Entwicklungsprogrammen kann in einem räumlich "verdichteten" Adressatenkreis ein höheres staatliches Steuerungs- bzw. Regulationspotential unterstellt werden, wenn sich auf die Ausweisung als Experimentierfeld verständigt werden kann. Insofern ließe sich dieses Konstruktionsprinzip bei entsprechendem Umbau und auf der Basis einer grundsätzlich anderen "Förderphilosophie" für eine regionale Strukturpolitik nutzen. In diesem Verständnis wird die wissenschaftlich-technische Entwicklung als demokratischer Verständigungsprozeß begriffen, der institutionelle Voraussetzungen für "soziale Innovationsprozesse" bietet. "Fortschritt" wird nicht als eine Addition individueller Nutzenmaximierung, sondern als reflexiver Verständigungsprozeß begriffen, der im Prozeß der "Technikgenese" eine stärker gemeinwirtschaftliche Orientierung ermöglicht.

Ausgehend von der Existenz eines breiten politischen Bündnisses für solche regionalen Initiativen wird unterstellt, daß sich in Berlin insbesondere in den technischen Disziplinen der Hochschulen ein zum herrschenden Technikverständnis kritisches Bewußtsein entwickelt hat (Neef, 1986/1987, 58), daß es darüber hinaus Erfahrungen im Umgang mit selbstverwalteten Projektzentren gibt, die für ein "Erfinderzentrum" nutzbar gemacht werden können, das in seinen Konstruktionsmerkmalen die Probleme einer dominant binnenorientierten Wissenschaftsentwicklung kritisch reflektiert (Szèll/Meemken 1986, 106 f.; Lohboda/Richter 1986).

Ohne sich zu sehr an bereits existierende, traditionelle Zentren zu orientieren, könnte man sich den Standort des Erfinderzentrums dennoch in einem alten Fabrikkomplex vorstellen, beispielsweise in dem "Bechstein-Haus" in der Ohlauer Straße in Berlin 36. Der erste Schritt wäre die Gründung eines Trägervereins. Zur Absicherung der politischen Handlungsfähigkeit sollten hierfür möglichst viele unterschiedliche Interessengruppen bzw. Interessenverbände gewonnen werden, z.B. der Berliner Senat, der Bezirk Kreuzberg, die Ev. und R.-K. Kirche, die IHK, der DGB, Vertreter von Naturschutz und Verbraucherverbänden sowie der Selbstverwaltungswirtschaft (bspw. Netzwerk). Ziel dieses Vereinszusammenschlusses ist die Präsenz einer überparteilichen Trägerschaft nach außen, ohne daß auf einer solch "symbolischen Ebene" mit einer gezielten Intervention der beteiligten Verbände gerechnet werden muß. Allerdings erscheint es notwendig, daß über ein Bekenntnis zur Notwendigkeit neuer strukturpoliti-

scher Akzentsetzungen hinaus eine Verständigung darüber erzielt wird, unter welchen Grundprämissen eine gesellschaftlich orientierte Technik in einem solchen Zentrum entwickelt werden kann.

Der anvisierte Name "Zentrum für soziale Erfindungen" versucht bereits einer unterschwelligen Unterstellung vorzubeugen, daß nämlich eine sozialorientierte Technikgestaltung kreative Fähigkeiten sowie unternehmerische Innovationsbereitschaft abzubremesen droht. Hier wird stattdessen davon ausgegangen, daß in den traditionellen Technikentwicklungsprozeß nur partielle Interessen eingehen und eine gesellschaftliche Rückkoppelung, wenn überhaupt, nur sehr spät durch die Marktbewertung und dort noch zumeist mit manipulativen Mitteln (Werbung) erfolgt. Unter "sozialer Erfindung" wird daher einerseits die Verständigung über angestrebte qualitative "Leitziele" der Technikentwicklung verstanden, die sich beispielsweise orientieren an:

- der Entsorgung gesellschaftlicher Folgekosten
- dem Abbau von Machtstrukturen
- dem Ausbau individueller Dispositionsmöglichkeiten
- Kreativität
- Fehlerfreundlichkeit/Reversibilität.

Und andererseits die Beteiligung von Betroffenen bzw. potentiell Betroffenen an der Planung und Konstruktion einer Technik.

Dieser Verein würde dann in einem zweiten Schritt alleiniger Gesellschafter einer GmbH, des "Zentrums für soziale Erfindung GmbH." Die oben skizzierten "Leitziele" werden in die Vereinsatzung aufgenommen. Diese Gesellschaft würde mit zwei hauptamtlichen Geschäftsführern besetzt und aus den Abteilungen "Forschung", "Werkstatt", "Infrastrukturelle Dienste" bestehen.

Mit je einer hauptamtlichen, unbefristeten Stelle für Natur-, Ingenieur- und SozialwissenschaftlerInnen würden in der Forschungsabteilung drei Wissenschaftler- und eine Sachbearbeiterstelle eingerichtet.

Der Werkstattbereich ist durch ein großzügiges und flexibles Raum- und Infrastrukturangebot ausgewiesen, ähnlich den traditionellen Gründerzentren, während sich die Abteilung "Infrastrukturelle Dienste" durch Kenntnisse in Rechts-, Finanz- und Marktentwicklung auszeichnet (eine bezahlte Vollzeitstelle). Das "Zentrum" bietet als Service-Funktion die auch bei "traditionellen Gründerzentren" üblichen Angebote einer günstigen Kostenmiete, Nutzungsmöglichkeiten von Büromaschinen und EDV sowie darüberhinaus kostenlose Patent-, Steuer-, Finanz- und andere betriebsbezogene Beratungen, Marktstudien und Vermittlung von Einkaufs- und Verkaufskontakten sowie Hilfe bei der Einwerbung öffentlicher und privater Fördermittel.

Über die Politik des Zentrums wird in einem "Beirat" entschieden und nur noch in einem formalen Verfahren dem Vorstand zur Durchführung überstellt. In diesem Beirat, der ähnlich der politischen Trägerschaft des Zentrums besetzt ist und von der Mitgliedsversammlung für 2 Jahre gewählt wird (Wiederwahl einmal zulässig), sind insgesamt 18 Stellen zu besetzen. Für die wöchentlich stattfindenden Sitzungen werden die Unkosten (Lohn/Gehaltskosten) erstattet sowie ein

geringes Sitzungsentgelt gezahlt. Diese eher symbolische materielle Entschädigung dient der angestrebten engen Bindung an das Zentrum. Von den Beiratsposten sind 9 Stellen mit Vertretern folgender Institutionen zu besetzen: Freie Universität, Technische Universität, den Berliner Eigenbetrieben BSR, GASAG, BVG sowie der BEWAG, dem DGB und zwei Vertreter der Selbstverwaltungswirtschaft. Die anderen Stellen sind frei zu besetzen.

Alle ans Zentrum gerichteten Anträge werden im Sekretariat bearbeitet, in eine formalisierte Fassung gebracht und dem Beirat zur Entscheidung vorgelegt.

Die festen Mitarbeiter der Forschungsabteilung arbeiten nun für jedes Jahr mit dem Beirat zusammen einen Forschungsplan aus, der sich auf der Basis der oben formulierten "Leitziele" an den regionalen Problembereichen orientiert. Grundsätzlich sind alle Forschungsprojekte an "Nutzergemeinschaften" zu binden und interdisziplinär durchzuführen (weshalb auch auf eine disziplinäre Ausdifferenzierung bewußt verzichtet werden sollte). Unter "Nutzergemeinschaften" sind formalisierte Gruppeninteressen zu verstehen, die für die jeweilige Fragestellung eine zentrale Funktion einnehmen und potentielle Nutzer der Ergebnisse sind (BI, Vereine, Unternehmen, Bezirksämter...).

Durch die angestrebte sehr verbindliche Konstruktion des Beirats kann erhofft werden, daß die hier vertretenen Organisations- und Gruppeninteressen aus ihrem Erfahrungsbereichen und Nutzungsinteressen heraus versuchen, für die Stadtentwicklung relevante Themen bearbeiten zu lassen. Bei der Beschränkung auf drei feste Stellen in der Forschungsabteilung sind lediglich infrastrukturelle und vorbereitende Forschungsarbeiten möglich, die vom Beirat nur mit einer 3/4 Mehrheit beschlossen werden können. Die angenommenen unterschiedlichen Interessenlagen stehen also vor einem hohen Einigungsdruck. Der Vorstand hat allerdings grundsätzlich die Möglichkeit, die getroffene Beiratsentscheidung mit einem Veto zu belegen, beispielsweise wenn die Vorhaben gegen die Vereinsziele verstoßen. Die Forschungsabteilung nimmt daher mehr die Funktion einer "Projekträgerschaft" für die Verwaltung des "Fonds zur Förderung technisch-wissenschaftlicher Projektarbeiten" wahr. Entscheidende Funktionsbedingung eines solchen Fonds sind nicht die zur Verfügung stehenden Mittel - denn hier stehen grundsätzlich noch andere Einrichtungen zur Verfügung -, sondern die Konstruktion hinsichtlich der "Steuerungsprobleme" wissenschaftlich-technischer Erkenntnisproduktion. Anzustreben wären zunächst Mittel in Höhe von jährlich 2 Mio. DM. Antragsberechtigt sind Wissenschaftler und Unternehmen gleichermaßen (also ähnlich dem Programm "Humanisierung des Arbeitslebens" des BMFT bzw. des BMA). Gefördert werden Forschungsarbeiten in konventioneller Form (d.h. mit maximal 2 vollen BAT II/Ia Stellen) sowie entwicklungsbezogene Arbeiten von Firmen mit einer Betriebsgröße von maximal 5 Mitarbeitern oder 0,80 Mio. DM Jahresumsatz, allerdings auch von Projekten mit einem speziellen Technikentwicklungsprogramm, deren Firmengründung innerhalb von 2 Jahren absehbar ist. Alle Antragsteller haben demokratische Entscheidungsstrukturen durch Kollektivverträge nachzuweisen. Anzustreben ist, daß alle Arbeiten, die über den Fond finanziert werden, im "Zentrum" durchgeführt werden.

Neben der Möglichkeit zur Beantragung eines Werkstattplatzes für Firmen mit eigener Finanzierung verläuft das Antragsverfahren für die Fondsgelder in folgender Verfahrensweise:

Zunächst werden auf Basis der von der Forschungsabteilung zusammen mit dem Beirat erstellten "Jahresplanung" Problemfelder definiert. Neben Abfallvermeidungs- und Abfallentsorgungskonzepten, Energieversorgung auf der Basis de-

zentraler Strukturen und regenerierbarer Rohstoffe wären hier auch mehrwertige und partizipationsorientierte Modelle dezentraler Datenverarbeitungstechniken denkbar. Initiativen zur Verbesserung des Öffentlichen Personennahverkehrs würden über die Suche nach neuen technischen Transportsystemen auch Forschungen über eine angepasste Tarifstruktur umfassen. Bei der Themenformulierung sollte einerseits vermieden werden, daß für soziale Probleme nicht die Gefahr einer Dominanz "technischer Lösungsmöglichkeiten" entsteht, wie andererseits darauf zu achten ist, daß soziale Problemformulierungen auf ihren unbedingten Anwendungsbezug zu kontrollieren sind. Diese Problemfelder werden zusammen mit einigen Erläuterungen hinsichtlich erwartbarer Lösungswege öffentlich ausgeschrieben. Auf öffentlichen Beiratssitzungen werden die eingegangenen Forschungsanträge zu den einzelnen Problemfeldern diskutiert. Alle relevanten Antragsteller haben auf der Sitzung die Möglichkeit, sich und das Programm kurz vorzustellen. In der anschließenden offenen Diskussion ist insbesondere auf thematische und methodische Unterscheidungen zwischen den Projektanträgen zu achten. Nach der Diskussion kann sich der Beirat für ein Projekt entscheiden, oder aber, sofern der Etat es zuläßt, auch zwei konkurrierende Projekte fördern. Entgegen den üblichen Verfahren anderer Zuwendungsgeber ist der Beirat zu einer Begründung der Entscheidung verpflichtet. Forschungsprojekten, die keinen unmittelbaren Bezug zur Entwicklung einer Technik haben (daher auch weniger erfolgskontrolliert sind), werden zunächst Verträge über ein Jahr mit zweimaliger Verlängerung um jeweils ein Jahr angeboten. Über die zu beantragende Verlängerung wird im Beirat entschieden, wobei die jeweilige "Nutzergemeinschaft", unabhängig davon, ob sie im Beirat vertreten ist, ein Vetorecht besitzt. Projekte zur Entwicklung von Techniken bzw. technischen Verfahren werden in der Regel mit einer Laufzeit von 2 Jahren gefördert. Nach einem Jahr ist ein Bericht über die bei der Konstruktion möglichen und faktisch getroffenen Selektionsentscheidungen einzureichen und mit der "Nutzergemeinschaft" abzustimmen. Technische Entwicklungsprojekte können im Zentrum mit einer maximalen Laufzeit von 4 Jahren gefördert werden. Alle Nutzergemeinschaften haben jederzeit während der Laufzeit des Projektes die Möglichkeit beim Verdacht von "Problemverzerrungen" während der Forschungs- und Entwicklungsphase, eine nicht-öffentliche Beiratssitzung einzuberufen. Sollte hier keine Einigung erzielt werden, kann der Beirat dem Vorstand mit einer halbjährigen Frist die Kündigung des Projekts empfehlen. Ist nach 4 Jahren noch kein befriedigender Abschluß der Entwicklungen in Sicht, können auf einer positiven Beiratsentscheidung zusammen mit der Abteilung "Infrastrukturelle Dienste" öffentliche Mittel zur Weiterfinanzierung für max. drei weitere Jahre eingeworben werden.

Die wissenschaftlichen Ergebnisse werden als Manuskript in einer "grauen Reihe" vom Zentrum herausgegeben und unter den Namen der jeweiligen Autoren veröffentlicht. Darüberhinaus wird in Buchform ein Jahresbericht publiziert, der nochmals über bereits abgeschlossene sowie noch laufende Projekte berichtet.

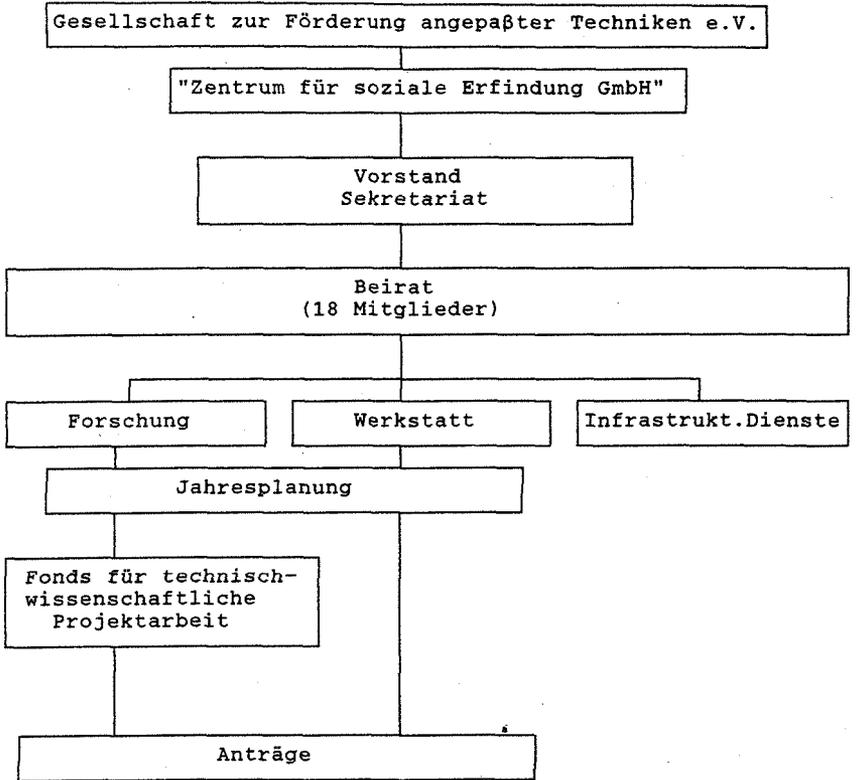
Im Zentrum entwickelte Produkte und Verfahren werden je nach Fertigstellungsgrad der jeweiligen Nutzergemeinschaft angeboten und nach der vorhandenen Finanzsituation verkauft, vermietet oder in anderer kostengünstiger Form überlassen. Vermarktungsfähige Produkte werden in Zusammenarbeit mit den Kollektiven vom Zentrum angeboten. Bei Entwicklungsprojekten mit Firmenbeteiligungen sind die Produkte bzw. Verfahren diesen Firmen zuerst anzubieten.

Bei diesen Konstruktionsmerkmalen des Zentrums wird so versucht, die Forderung nach einer gesellschaftlich kontrollierten, regional orientierten Technikge-

staltung zunächst einmal in einem kleinen und überschaubaren Rahmen umzusetzen. Das Problem "gesellschaftlicher Beteiligung" wird allerdings mit einem Kompromiß angegangen: Im Beirat sind lediglich organisierte bzw. organisierbare Gruppeninteressen vertreten. Mit dieser Beiratskonstruktion bzw. mit der Anbindung an eine (nicht wissenschaftliche) Nutzergemeinschaft soll versucht werden, die wissenschaftliche Produktion der üblichen Reputationsorientierung zu entziehen, wobei diese Orientierung nicht gänzlich zu unterbinden ist. Durch die Herausgabe eigener Publikationen ist angestrebt, daß die für die wissenschaftliche Berufsentwicklung wichtige Resonanzfunktion in ein etwas anderes "Milieu" überführt werden kann. Wenngleich nicht innerhalb der Community verortet, kann doch erwartet werden, daß sich das Zentrum als "alternative" Reputationsadresse durchsetzt. Die Beiratskonstruktion selbst ist sicherlich nur eine "drittbeste Lösung", die darüberhinaus von den üblichen Wissens- und Motivationsmängeln bedroht wird.

Mit der starken Betonung der Selbstverwaltung und der demokratischen Binnenstruktur sowie dem Transparenzgebot bei Konstruktions- und Selektionsentscheidungen ist die Vorstellung verknüpft, daß bereits mit der Beteiligung des Beirats an der Problemformulierung sowie der Setzung von Konstruktionsprämien ein ständiger Kontakt zum potentiellen Nutzer hergestellt ist, der sich später auch in der "Qualität" der Technik erkennen läßt und die ansonsten üblichen "Übersetzungsprobleme" zwischen Problemformulierung und Ausführung reduziert. Ohne diese institutionellen "Korsettstangen" erscheint die Selbstverwaltung in ihrer primären Orientierung an anderen betrieblichen Organisationsformen kaum in der Lage qualitative Technikakzente zu setzen, sieht man einmal von einer bewußten Entscheidung gegen bestimmte Produkte (bspw. Rüstungsgüter, Produkte mit hoher Umweltbelastung) ab.

Allerdings ist ein solches "Erfinderzentrum" auf permanente öffentliche Zuschussung angewiesen. Überlegungen über substantielle Beiträge der Träger die Finanzierung abzusichern, erscheinen u.a. wegen den finanziell sehr unterschiedlich ausgestatteten Organisationen ausgeschlossen. Denkbar wäre eine Kapitalneutralisierung über die GmbH anzustreben und dann, entsprechend der finanziellen Potentiale, Beitragsverpflichtungen festzulegen. Bei dieser Konstruktion steht aber zu befürchten, daß die "Akzeptanzschwelle" (die bei einem solchen Projekt bereits an einer sensiblen Größe angekommen sein dürfte) zu weit ansteigt.



Abschließend sei nochmals daran erinnert, daß es sich hier um einen experimentellen Politikansatz handelt, der zunächst in einer "geschützten" Atmosphäre neue Beteiligungsmodelle erproben und langsam stabilisieren soll und daher keinesfalls als repräsentativer Politikstil bewertet werden kann. Allerdings verbindet sich mit der Einrichtung eines solchen Zentrums die Diskussion neuer Perspektiven: Regionale Strukturpolitik sollte nicht nur darin bestehen, primär neue Wachstumsfelder zu identifizieren, deren Befriedigung, wie z.B. Umweltschutz oder Stadterneuerung, mikro- und makroökonomisch gleichermaßen Vorteile bringt, sondern sie sollte auch dazu beitragen, daß neue demokratische Beteiligungsmodelle erprobt werden, die nicht mehr jenseits des technisch-wissenschaftlichen Fortschritts ansetzen, sondern wissenschaftliche Erkenntnisproduktion und technische Konstruktionsarbeit einbeziehen. Ein solches Zentrum ist daher als ein Versuch zu werten, die Interessensbezüge des technischen "Fortschritts" zu erweitern. Es gilt nicht die "Innovationskraft" oder den "Erfindergeist" zu bremsen, sondern den "Referenzrahmen", die Bezugspunkte der bisher beteiligten Akteure zu erweitern. Erfolgversprechende Möglichkeiten der staatlichen Politik werden in diesem Kontext daher auch weniger in der Formulierung neuer Programme in Fortführung der bisherigen "Förderphilosophie" vermutet, sondern vielmehr dort, wo durch die Schaffung von Strukturen und Prozeduren ein formaler Rahmen etabliert wird, der informelle Kommunikationsnetzwerke begünstigt und fördert.

Anmerkungen

- 1 Forschungseinrichtungen von überregionaler Bedeutung, die von Bund und Ländern gemeinsam finanziert werden. In Berlin bspw. das "Heinrich-Hertz-Institut für Nachrichtentechnik" oder das "Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung".
- 2 Verleihung der Promotionsrechte an die Technische Hochschule um die Jahrhundertwende.
- 3 Vgl. die jeweils aktuellste Übersicht in "Contraste", Zeitschrift für Selbstverwaltung, Beilage "Bunte Seiten", lfd. Ausgaben, sowie für Berlin: "StattBranchenBuch" Berlin 1986/1987, Berlin 1986.
- 4 Die Autoren verweisen noch auf einen anderen Aspekt im Umgang traditioneller Techniken hin, der sich insbesondere in Stresssituationen als "effektiv" erweist: "Verinnerlichte, überkommene Alltagsroutinen, um deren Verlernen es eigentlich geht, werden bei hohem Arbeitsdruck, unter Stress, spontan und bewußtlos aktualisiert, weil sie wie ein Automat Entlastung im Interaktionsgeschehen versprechen" (322).
- 5 Vgl. A. Bammé u.a. a.a.O. S. 324, vgl. bspw. die Diskussion um das Projekt STEPS (Softwaretechnik für evolutionäre partizipative Systementwicklung) bei R. Keil-Slawik, Der humanistisch geweihte Techniker, in: Wechselwirkung, Nr. 36, Febr. 1988, S. 52f.

Literatur

- Allesch 1984: J. Allesch, Die neuen Gründerjahre in Berlin, in: K. Schwarz (Hg.), Die Zukunft der Metropolen, Bd. I, Berlin 1984
- Bammé et al. 1983: A. Bammé et al., Maschinen – Menschen, Menschen – Maschinen, Reinbek 1983
- Böhme/v.d. Daele/Krohn: G. Böhme/W. v. d. Daele/W. Krohn, Die Verwissenschaftlichung der Technologie, in: G. Böhme u.a., Starnberger Studien I, Frankfurt 1978
- Bollweg 1986/1987: H. Bollweg, Träume von einer eigenen Technologie, in: Kritisches Gewerkschaftsjahrbuch 1986/1987, hrsg. von E. Hildebrandt et al., Berlin 1986
- Contrapress 1984: Contrapress Satz und Druck GmbH, Eine neue Technik für die Zukunft der taz, Berlin
- v.d. Daele/Krohn/Weingart 1979: W. v. d. Daele/W. Krohn/P. Weingart (Hg.), Geplante Forschung, Frankfurt/Main 1979
- DGB: DGB – Bundesvorstand (Hg.), Regionale Zusammenarbeit von Hochschulen und Gewerkschaften der Kooperationsstellen Hochschule/Gewerkschaften, Abschlußbericht, Düsseldorf, o.J.
- DIHT 1985: DIHT (Hg.), Technologieparks, Orientierungshilfe zur Gestaltung, Bonn 1985
- Fleck 1980: L. Fleck, Entstehung und Entwicklung einer wissenschaftlichen Tatsache, Frankfurt/Main 1980 (1935)
- Götze 1987: W. Götze, Die Finanzierungserfahrungen eines Gemeinschafts-/Modellbetriebes. Das Unternehmen PSI, in: M. Kück/A. v. Loesch (Hg.), Finanzierungsmodelle selbstverwalteter Betriebe, Frankfurt/Main 1987
- Groth 1984: J. Groth, Computer in Alternativbetrieben, in: Netzwerk Rundbrief Nr. 26 (1984)
- Habermas 1986: J. Habermas, Technik und Wissenschaft als Ideologie, Frankfurt/Main 1986 (1968)
- Hack/Hack 1985: L. Hack/I. Hack, Die Wirklichkeit, die Wissen schafft, Frankfurt/Main 1985
- Heisenberg 1985: W. Heisenberg, Der Teil und das Ganze, München 1985 (1969)
- Hirsch 1974: J. Hirsch, Staatsapparat und Reproduktion des Kapitals, Frankfurt/Main 1974
- Katterle/Krahn 1981: S. Katterle/K. Krahn (Hg.), Arbeitnehmer und Hochschulforschung, Köln 1981
- Kirsch 1985: Ch. Kirsch, Einsatz von Computern in Alternativbetrieben, Netzwerk Rundbrief Nr. 28 (1985)
- Kreibich 1986: R. Kreibich, Wissenschaftsgesellschaft, Frankfurt/Main 1986
- Krohn/Rammert 1984: W. Krohn/W. Rammert, Technologieentwicklung: Autonomer Prozeß und industrielle Strategie, in: B. Lutz (Hg.), Soziologie und gesellschaftliche Entwicklung, Frankfurt/Main 1984

- Kuczynski 1974: J. Kuczynski, Studien zu einer Geschichte der Gesellschaftswissenschaften, Bd. 2 "Wissenschaftsstrategien", Berlin 1974
- Kuhn 1973: Th. Kuhn, Die Struktur wissenschaftlicher Revolution, Frankfurt/Main 1973 (1962)
- Lobodda/Richter 1986: G. Lobodda/G. Richter, Antworten auf den Späth – Kapitalismus, München 1986
- Mambrey/Oppermann/Tepper 1986: P. Mambrey/R. Oppermann/A. Tepper, Computer und Partizipation, Opladen 1986
- Neef 1986/1987: W. Neef, Der Ingenieur – neue Elite oder solidarischer Kollege?, in: Kritisches Gewerkschaftsjahrbuch 1986/1987, hrsg. von E. Hildebrandt et al., Berlin 1986
- Netzwerk 1984: Strategien Alternativer Produktion, in: Netzwerk Rundbrief Nr. 25 (1984)
- Netzwerk 1986: Netzwerk Rundbrief Nr. 33 (1986)
- Neusüß 1986: Ch. Neusüß, High – Tech – Männermythos oder Wissenschaft?, in: Kritisches Gewerkschaftsjahrbuch 1986/1987, hrsg. von E. Hildebrandt et al., Berlin 1986
- Pirker 1962: Th. Pirker, Büro und Maschine, Basel/Tübingen 1962
- Pfetsch 1974: F. Pfetsch, Zur Entwicklung der Wissenschaftspolitik, Berlin 1974
- Richter 1979: S. Richter, Wirtschaft und Forschung, in: Technikgeschichte Bd. 46, 1979
- StattBranchenBuch 1986/1987: StattBranchenBuch 1986/1987, Berlin 1987
- Stamm 1981: Th. Stamm, Wissenschaft zwischen Staat und Selbstverwaltung, Köln 1981
- Szell/Meemken 1986: G. Szell/W. Meemken, in: U. Bullmann/M. Cooley/E. Einnemann (Hg.), Lokale Beschäftigungsinitiativen, Marburg 1986
- TBS 1986: TBS Oberhausen, Gründer – und Technologiezentren, Bewertung und alternative Konzepte, Oberhausen 1986
- Thaler/Thaler 1985: L. Thaler/J. Thaler, BIG damit es weiter geht! Aber wohin?, in Netzwerk Rundbrief Nr. 27 (1985)
- Traube 1982: K. Traube zit. nach K. Traube/J. Srasser, Die Zukunft des Fortschritts, in: R. Jokisch (Hg.), Techniksoziologie, Frankfurt/Main 1982
- Weiber 1987: D. Weiber, Wer hat Angst vor'm Computer?, in: Contraste Nr. 29, Febr. 1987
- Weingart 1976: P. Weingart, Wissensproduktion und soziale Struktur, Frankfurt/Main 1976
- Zierold 1968: K. Zierold, Forschungsförderung in drei Epochen, Wiesbaden 1968